**PRESSEMITTEILUNG**

06.07.2022

**Scheerer: Es ist unverantwortlich in Sachen Christoph 41 vollendete Tatsachen schaffen zu wollen**

**Die Landesregierung will den Rettungshubschrauber Christoph 41 von der Luftrettungsstation am Krankenhaus Leonberg in die Region Neckar-Alb verlegen, um eine Versorgungslücke zu schließen. Während ein Standort für den Hubschrauber im Zollernalbkreis bereits ausgeschieden ist, sind nun Wannweil (Kreis Reutlingen) oder die BG Unfallklinik in Tübingen als mögliche Standorte im Gespräch. Eine Entscheidung soll nach den Sommerferien erfolgen. Derweil gibt es heftige Kritik an der möglichen Verlegung aus Leonberg. Der Landtagsabgeordnete für die FDP, Hans Dieter Scheerer, setzt sich schon lange für einen Verbleib von Christoph 41 in Leonberg ein. Es sei unverantwortlich jetzt schnell vollendete Tatsachen schaffen zu wollen.**

„Es ist absolut unverantwortlich und inakzeptabel, dass das Innenministerium die Entscheidung zur Verlegung von Christoph 41 nun im Eilverfahren durchdrücken will um Tatsachen zu schaffen und so weitere Kritik zu unterbinden“, erklärt Scheerer. „Aus meiner Sicht muss das Gutachten, auf dem die Landesregierung ihre Neuordnung der Luftnotrettung in Baden-Württemberg basiert, zumindest nachgebessert werden. Ansonsten ist es komplett angreifbar und berücksichtigt viele wichtige Punkte nicht.“

Scheerer hatte sich bereits in der Vergangenheit mehrfach für einen Verbleib von Christoph 41 in Leonberg ausgesprochen. Nach Scheerers Einschätzung berücksichtigt das Gutachten eines Münchner Instituts, auf dem das Innenministerium seine Pläne zur Verlegung des Rettungshubschraubers nach Tübingen stützt, viele wichtige Faktoren wie das Verhältnis von Notfall- zu Verlegungsflügen, die Verkehrslage in der Region Stuttgart, sowie die Wetterunterschiede zwischen den beiden fraglichen Regionen nicht genügend. „Ich bin davon überzeugt, dass die Annahmen und die Datengrundlage des Gutachtens aus 2018 nicht repräsentativ sind“, sagt Scheerer weiter. „Die Taktik des Innenministeriums nun schnell Tatsachen zu schaffen ist außerdem ein weiteres Beispiel für die mangelnde Transparenz in der ganzen Geschichte. Viel zu lange wurden die Experten vor Ort nicht angehört, die die Lage der Notfallversorgung aber wahrscheinlich am besten beurteilen können.“

Scheerer gibt aber nicht auf und möchte mit politischem Druck weiter um den Verbleib von Christoph 41 in Leonberg ringen: „Ich habe noch vor der Sommerpause im Landtag ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Klenk aus dem Innenministerium vereinbart. Darin wollen wir uns nochmal zum Rettungshubschrauber Christoph 41 austauschen und ich werde auch Alternativen zur Verlegung, wie die Anpassung der Flugradien der bestehenden Luftrettungsstandorte ansprechen. Wir sind uns alle einig, dass die bestmögliche gesundheitliche Versorgung Baden-Württembergs aus der Luft erreicht werden muss. Dafür möchte ich mich mit Herrn Klenk nochmal austauschen um ihn zu überzeugen, dass ein Verbleib von Christoph 41 uns diesem Ziel näherbringt.“